

**Protokoll**  
**Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**  
**25.04.2013 (letzte Sitzung: 21.03.2013)**

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	11:11Uhr 13:20 Uhr	
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Kaske Präs (Vorsitz) Anderl VP Stein VP Steinkellner VP Blauensteiner Brantner Fetik Foglar Kniezanrek Ledwinka Stranzl Teiber Kludak Pörtl Tamandl Rösch Schütz Paiha	(entschuldigt)
Beratend	Muhm Dir Aschauer-Nagl BL Ficzko BL Chaloupek BL Kundtner DirStv Trenner BL	
Vom Büro	Daumen (Betriebsrat) Fassler Marcon (Betriebsrat) Mitterlehner Mulley (Protokoll)	(entschuldigt)
zum TOP 2.1	Rasch (Vors Kontrollausschuss)	

## **Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 21.03.2013**

### **1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2013**

### **2 Beschlüsse**

- 2.1 Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2012 zur Vorlage an die Vollversammlung
- 2.2 Überschreitung des Voranschlages 2012
- 2.3 Subventionen 2013
- 2.4 Änderungen in den Ausschüssen
- 2.5 Änderungen in den Fachausschüssen
- 2.6 Mitgliedschaft Verein „Arbeitsgemeinschaft Großküchen Österreichs (AGÖ)“
- 2.7 Tagesordnung für die 160. VV am 07.05.2013
- 2.8 Einzahlung in die Pensionskasse – Jahresbeitrag 2013
- 2.9 Zuwendung nach § 6 AKG – ÖGJ, Jugendsporttage 2013

### **3 Berichte**

#### **3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske**

#### **3.2 Bericht des Direktors – Muhm**

- 3.3.1 Richtlinie für Korruptionsprävention
- 3.3.2 Stand Bauvorhaben – Bürogebäude Plösslgasse 2
- 3.3.3 Aktueller Bericht

#### **3.3 Beratung – Trenner**

- 3.3.4 Insolvenz Niedermeyer GmbH
- 3.3.5 Aktueller Bericht

#### **3.4 Bildung – Aschauer-Nagl**

- 3.4.1 Sozialpartnerpapier „Bildungsfundamente“
- 3.4.2 BeSt Messe 2013
- 3.4.3 Bildungsgutschein 2012
- 3.4.4 Wohnen im Arsenal
- 3.4.5 Mariahilfer Straße
- 3.4.6 AK-Test von Mobilfunkprodukten
- 3.4.7 Auswertung von Mietvertragsangeboten über Altbauwohnungen
- 3.4.8 Evaluierung Bibliothek
- 3.4.9 Aktueller Bericht

#### **3.5 Information - Ficzeko**

- 3.5.1 Frauenreport
- 3.5.2 IFAM Lounge
- 3.5.3 Dividenden
- 3.5.4 Aktueller Bericht

**3.6 Soziales – Kundtner**

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – März 2013
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – Februar und März 2013
- 3.6.3 Novelle zum Kinderbetreuungsgeldgesetz
- 3.6.4 EU-Mittel für soziale Dienstleistungen
- 3.6.5 Gehaltsangaben in Stelleninseraten
- 3.6.6 Veranstaltungen
- 3.6.7 Aktueller Bericht

**3.7 Wirtschaft – Chaloupek**

- 3.7.1 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich
- 3.7.2 GAP-Reform
- 3.7.3 Bundes-Energieeffizienzpaket
- 3.7.4 AK-Energiepreismonitor (Strom und Gas) März 2013
- 3.7.5 AK-Treibstoffpreisanalyse März 2013
- 3.7.6 Debatte zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung
- 3.7.7 Aktueller Bericht

**4 Allfälliges**

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

**Beschluss:**

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 25.04.2013 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

## 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2013

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2013.

**Beschluss:**

Das Protokoll der Sitzung vom 21.03.2013 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

## 2 Beschlüsse

### 2.1 Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2012 zur Vorlage an die Vollversammlung

**Muhm** berichtet, dass es einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk sowie einen Management-Letter (den er dem Kontrollausschuss zur Kenntnis bringen wird) gibt. Die Einnahmen aus Kammerumlagen erhöhten sich um 3,2 % gegenüber dem Vorjahr. 2012 kam es zu Abgängen und Abschreibungen in der Höhe von rd 6,7 Mio €. Die Abgänge betrafen ua den Restbuchwert des Karl-Weigl-Bildungshauses. Die ausgewiesenen Abschreibungen betreffen sowohl Grundstücke und Bauten als auch die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Rückstellungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd 8,5 Mio €. Die Pensionsrückstellung wurde planmäßig mit 3,3 Mio € und außerplanmäßig mit 14,8 Mio € dotiert sowie mit den Zahlungen an die Pensionskasse in der Höhe von 11,5 Mio € Jahresbeitrag und 0,4 Mio € Pensionsbeiträge verwendet. 2.3 Die Leistungsverrechnung an die Länderkammern enthält ua die Refundierung der Wahlsoftware und Wahlkalender, Refundierung der Gebühr für KV-Datenbanken und Beratungskosten Ithuba Capital. In den Kap.2.7 Zuwendung der öffentlichen Hand sind im Wesentlichen die EU-Subvention, die Lehrlingsförderungen und die Förderungen von AMS für Altersteilzeit enthalten. Bezüglich 2.15 Kostenbeitrag Kursgebühren Fachausschüsse ist festzustellen, dass heuer mehr Kurse abgehalten wurden als ursprünglich geplant waren. Die Verlagseinnahmen (2.16) setzen sich aus Inseratenerlöse, Abo-Erlöse für „Das Recht der Arbeit“ und „Infas“ sowie der Bonifikation für „AK für Sie“ zusammen.

Anschließend geht **Muhm** auf die einzelnen Budgetkapiteln ein und erläutert kurz die Abweichungen vom Voranschlag: Kap.5.1.1 Rechtsberatung Arbeitsrecht war aufgrund des Anstieges der Mobbingberatung mit einem Ansteigen der Kosten zu rechnen. Daher hat man hierfür das Budget gegenüber 2011 angehoben. Es wurden aber noch nicht alle Leistungen im Jahr 2012 abgerechnet. Die offenen Leistungen werden erst 2013 in Rechnung gestellt. Die Budgetunterschreitung im Kap. 5.1.1 Sonstige Aufwendungen für BL Beratung kommt dadurch zustande, da die budgetierten Studienkosten im Beratungsbereich nicht in Anspruch genommen wurden, weil das Projekt aufgrund externer Faktoren eine Verzögerung erfahren hat. Die Kosten werden im Jahr 2013 anfallen. Im Kap.5.1.3 Sozialversicherung, Gesundheitspolitik wurde für die Registrierung der Gesundheitsberufe

wie bereits 2010 und 2011 ein Budget in der Höhe von € 150.000 angesetzt. Die Vorbereitungen zur Registrierung der Gesundheitsberufe sind noch immer im Gange. Der neue Termin wird Mitte 2013 oder sogar erst Anfang 2014 sein. Im Kap. 5.1.3 BL Sozialbereich wurde das Budget um rd € 68.000 überschritten, da eine Studie, die erst für 2013 geplant war bereits 2012 vorzeitig fertig gestellt wurde. Die Budgetunterschreitung im Kap. 5.2.1 Steuerpolitik kommt dadurch zustande, da das Kontingent für die Kampagne Finanztransaktionssteuer aufgrund der geänderten politischen Situation nicht voll ausgeschöpft werden musste. Es zeichnete sich eine Einigung in 11 EU-Ländern zur Einführung der Finanztransaktionssteuer ab, weitere Studien dazu waren also nicht mehr nötig. Die Budgetunterschreitung im Kap. 5.2.1 Netzwerk Wissenschaften ergibt sich durch die unterschiedliche Ausgabenhöhe der eingereichten Projekte. Im Kap. 5.2.1 BL Wirtschaft ergab sich die Budgetunterschreitung dadurch, da eine Studie zum Thema „Öko-Steuern“ vorgesehen war. Aktuell wird in Deutschland aber an einer Studie zur „Modellierung und Simulierung einer ökosozialen Steuerstrukturreform in Österreich“ gearbeitet, deren Ergebnisse für die AK eine Basisunterlage darstellen. Im Kap. 5.3.1 Sonstige Kulturförderung sind die Ausgaben für die Anschaffung von Bildern, die in der Bilanz unter den Einrichtungsgegenständen aktiviert werden, nicht enthalten. Im Bereich der Kulturförderung wurde 2012 die gebildete Rücklage von € 150.000 für das Schabus Kunstprojekt für die BIZ-Fassade verbraucht. Im Kap.5.3.2 Bildungsgutschein ergab sich eine Budgetunterschreitung von rd 0,4 Mio €, da die Inanspruchnahme des Bildungsgutscheins stagniert. Nach einer Evaluierung des Bildungsgutscheines 2011 wurden Maßnahmen gesetzt, die allerdings erst im Herbst 2012 zu greifen begannen. Die Bewerbungsmaßnahmen sind in Vorbereitung. Es wird vorgeschlagen die Höhe des Bildungsgutscheins um jeweils € 20 ab 2014 anzuheben. Bezüglich der Betriebskosten u. Kostenbeitrag TGA (Kap.5.3.2) ist festzuhalten, dass die Minderausgaben von rd € 490.000 im Wesentlichen die Herabsetzung der monatlichen Beiträge an das BFI sowie eine Gutschrift für das Vorjahr in der Höhe von rd € 171.000 betreffen. Das BFI übernimmt einen Teil der laufenden Kosten des TGA Lehrgangs.

Die Abweichung zum Voranschlag bei 5.3.3 Seminare u. Veranstaltungen mit VÖGB erklärt sich aus einer grundsätzlichen Veränderung des gemeinsam mit dem VÖGB durchgeführten Seminarangebotes für ArbeitnehmervertreterInnen. Auch der verstärkte Einsatz von ÖGB- und AK-ExpertInnen als ReferentInnen und TrainerInnen wirkte sich kostensenkend aus.

Im Kap.5.4 Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation gibt es einige Posten, die exakt kalkulierbar sind, in anderen Positionen ist allerdings ein Rahmenbudget notwendig, um bei einem entsprechenden Kommunikationsbedarf die politische Handlungsfähigkeit der AK sicherzustellen. Im Kap.5.5 Fachausschüsse kamen die höheren Ausgaben teils zustande, weil mehr Kurse angeboten wurden. Demzufolge sind auch die Einnahmen aus den Kursgebühren höher als im Voranschlag.

**Muhm** ersucht den Vorstand die Überschreitung von 2,4 % zu genehmigen. Bezüglich Kap. 6.1.2 Mietaufwand Gebäude erklärt der Direktor, dass Die Budgetunterschreitung dadurch zustande kam, weil der Leasingaufwand Marktzinssatz abhängig ist und sich der niedrige EURIBOR-Zinssatz auf die Leasingraten günstig ausgewirkt hat.

Unter das 6.4.1 Experten- u. Prüfungsaufwand f. d. Verwaltung fallen die Kosten der Prozessevaluierung und Begleitung der Zentralen Verwaltung, BAK Beratung Ithuba Capital und Netzwerkanalyse und ähnliches. Beim Kap. 8.2 Sozialaufwand gibt es eine Unterschreitung von 0,9 Mio €. Die Entwicklung des Sozialaufwandes spiegelt im Wesentlichen die Entwicklung der Löhne und Gehälter wider. Neben den gehaltsabhängigen Abgaben sind im Sozialaufwand die betriebsärztliche Betreuung und der freiwillige Sozialaufwand mit dem Zuschuss zur Betriebsküche und den Zuwendungen an den Betriebsratsfonds enthalten. Das Kap. 8.5. Abfertigungszahlungen wurde in der Vergangenheit sehr knapp kalkuliert. Daher hat man bereits im Vorjahr das Budget etwas höher

angesetzt. Für das Budget werden die frühest möglichen Pensionsantritts- bzw Abfertigungszeitpunkte herangezogen. Manche Mitarbeiter schieben ihren tatsächlichen Pensionsantrittszeitpunkt hinaus und verhindern damit eine genaue Budgeteinhaltung. Abschließend macht **Muhm** auf die BAK-Budgetierung aufmerksam und ersucht den Vorstand den Rechnungsabschluss 2012 zu genehmigen.

**Pörtl** gibt bekannt, dass sich die Fraktion ÖAAB/FCG der Stimme enthalten wird, da sie die Diskussion und den Bericht im Kontrollausschuss abwarten wird. Auf Frage von **Schütz** nach der Überschreitung im Kapitel Fachausschüsse erklärt **Muhm**, dass die höheren Ausgaben zustande kamen, weil mehr Kurse angeboten wurden. Allerdings sind aber auch die Einnahmen aus den Kursgebühren höher als im Voranschlag.

**Beschluss:**

**Der Vorstand beschließt den Rechnungsabschluss 2012 der Vollversammlung der AK zur Beschlussfassung vorzulegen.**

→ **mehrheitlich angenommen (Stimmhaltung ÖAAB-FCG, gegen FA)**

Bezüglich der vorgeschlagenen Erhöhung des Bildungsgutscheins zeigt sich **Schütz** skeptisch, dass auch bei einer Erhöhung der budgetierte Betrag nicht ausgeschöpft werden wird, man müsse den Bildungsgutschein deshalb viel besser bewerben, die Angebote erweitern und insgesamt attraktiver machen. **Pörtl** begrüßt die Erhöhung des Bildungsgutscheins als eine langjährige Forderung des ÖAAB/FCG. **Kaske** weist auf Problematik hin, dass viele den Bildungsgutschein zwar abholen aber letztlich nicht einlösen und **Muhm** betont, dass Adaptierungen beim Bildungsgutschein gemacht wurden, wie etwa die Einbeziehung der TGA und dass zunehmend auch bildungsferne Schichten den Bildungsgutschein in Anspruch nehmen. **Fetik** tritt für ein Info-Blatt an die BetriebsrätInnen ein.

**Beschluss:**

**Der Vorstand der AK Wien beschließt die Höhe des Bildungsgutscheins von derzeit 100 auf 120 Euro pro Jahr und für Eltern in Karenz und beim Nachholen von Lehrabschlüssen von 150 auf 170 Euro zu erhöhen.**

→ **einstimmig angenommen**

## 2.2 Überschreitung des Voranschlages 2012

**Beschluss:**

**Gemäß § 20 Abs 2 lit b der HO sind Überschreitungen in den Positionen 5., 6., 7. und 8. bis 10 % des Voranschlages in 1-stelligen Kapiteln oder bis 15 % des Voranschlages in 2-stelligen Kapiteln vom Vorstand zu genehmigen.**

**Beim Rechnungsabschluss 2012 haben sich Überschreitungen in folgenden Kapiteln ergeben:**

Kapitel	Überschreitung in %	Voranschlag in €	Verbrauch in €	Überschreitung in €
5.5. Fachausschüsse	+ 2,4 %	1.990.000,00	2.036.770,37	46.770,37

→ **einstimmig angenommen**

## 2.3 Subventionen 2013

Auf Frage von **Kludak** nach der offenbar neuen Subvention an den Kultur- und Sportverein Zagreb, wiewohl keine neuen Subventionen vereinbart wurden, erklärt **Muhm**, dass dies keine neue Subvention ist, sondern eine Folgeantrag ist, der sich durch die Aufspaltung des kroatischen Dachverbandes, welcher bisher € 9.000,-- bekam, ergab. Durch die Aufspaltung erspart sich die AK nun € 5.000,--. **Rösch** fordert klare Vergabekriterien für die Subventionen ein. Die Fraktion der FA wird alle Subventionen ablehnen, spricht sich jedoch nicht prinzipiell gegen die Förderung von ArbeitnehmerInnen-Interessen aus. Die bisherigen Vereinssubventionen sollten jedoch erneut hinterfragt werden. **Muhm** meint, dass man gemeinsam darüber nachdenken wird, wie und in welcher Form und mit welchen Kriterien ArbeitnehmerInnen-Anliegen besser unterstützt werden können.

<b>Beschluss:</b> <b>Der Vorstand beschließt die Subventionen für das Jahr 2013 wie folgt:</b>				
<b>Nr</b>	<b>Antragsteller</b>	<b>gefördert 2012</b>	<b>neuer Antrag 2013</b>	<b>Beschluss</b>
1	FIAN Österreich	NEU	3.000,00 €	<b>Ablehnung</b>
2	Kultur- und Sportverein Zagreb	NEU	8.000,00 €	<b>4.000,00 €</b>
<b>Auszahlung erfolgt: 50 % nach Beschluss, 50 % nach Abrechnung der Projekte</b>				
3	Verein für österreichische-türkische Freundschaft	9.500,00 €	9.500,00 €	<b>9.500,00 €</b>
<b>Auszahlung erfolgt: 50 % nach Beschluss, 50 % nach Abrechnung der Projekte</b>				
4	Frauensolidarität	4.000,00 €	5.000,00 €	<b>Ablehnung</b>
5	ASKÖ – Landesverband WAT	7.200,00 €	15.000,00 €	<b>ZURÜCK- GESTELLT</b>
6	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes	2.200,00 €	2.200,00 €	<b>2.200,00 €</b>
<b>→ mehrheitlich angenommen (gegen FA)</b>				

## 2.4 Änderungen in den Ausschüssen

**Beschluss:**

**Der Vorstand beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:**

**Ausschuss 8**

**Frauen- und Familienpolitik**

neues Ersatzmitglied                      Farnik Christine                      ÖAAB                      anstelle: Angerer Michael

**Ausschuss 12**

**Rechtsschutz und  
Rechtsberatung**

neues kooptiertes Ersatzmitglied      Sepulveda-Urrejola Linda      AUGE/UG      anstelle: Weisenberg Alfred

**Ausschuss 14**

**Umwelt und Energie**

neues Mitglied                              Rieder Peter                              ÖAAB                      anstelle: Angerer Michael  
neues kooptiertes Ersatzmitglied      Seiz Gerhard                              ÖAAB                      anstelle: Rieder Peter

**→ einstimmig angenommen**

## 2.5 Änderungen in den Fachausschüssen

### **Beschluss:**

**Der Vorstand beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:**

#### **Maler, Anstreicher, Lackierer, Schilder- u Industriemaler u Vergolder (GBH)**

Ersatzmitglied neu

Boigner Richard

Ersatzmitglied ausgeschieden

Minichshofer Wilhelm

#### **Wiener Pflasterer (GBH)**

Vorsitzender-Stv neu

Ambüchlert Anton

#### **Tischler und verwandte Berufe (GBH)**

Ersatzmitglied neu

Kara Heinz

Pschill Michael

Ersatzmitglied ausgeschieden

Fischer Johann

Kochberger Thawin

Kotlaba Harald

#### **Bedienstete der Privatkrankenanstalten u konf Einrichtungen (VIDA)**

Vorsitzender-Stv neu

Blaschek Ernst

Mitglied neu

Babic Dubravka

Hummel Eva-Brigitta

Mjka Gerald

Mor Wolfgang

Ersatzmitglied neu

Kien Helga

Marinovic Helga

Neulinger Michaela

Prinz Renate

Wimmer Alfred

Zaczyk Halina

Vorsitzender-Stv ausgeschieden

Vogt Christine

Mitglied ausgeschieden

Roschek Christian

Stelzer Edith

Strobl Andrea

Ersatzmitglied ausgeschieden

Krammel Michaela

Mainx Gertrude

Neumann Sieglinde

Pelleck Ulrike

Rupprecht Silvia

Schiller-Binder Edith

Vizvary Helga

#### **Bewachung und Sicherheit (VIDA)**

Mitglied neu

Eder Gabriela

Mitglied ausgeschieden

Kaipl Birgit

#### **Sanitär-, Heizungs- u Lüftungstechnik (PRO-GE)**

Ersatzmitglied ausgeschieden

Kovac Anton

⇒ einstimmig angenommen

## **2.6 Mitgliedschaft Verein „Arbeitsgemeinschaft Großküchen Österreichs (AGÖ)“**

Der Verein AGÖ (Arbeitsgemeinschaft Großküchen Österreichs), dessen gemeinnützige Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet und unpolitisch ist, verfolgt den Zweck, die gesamten Interessen der Gemeinschaftsverpflegung wahrzunehmen, um das Leistungsniveau in den Großküchen zum Wohle der zu verpflegenden Menschen zu optimieren. Hierzu zählen insbesondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung und Wahrnehmung beruflicher Angelegenheiten für alle in der Gemeinschaftsverpflegung tätigen Personen unabhängig von ihrer Vereinszugehörigkeit.

Der Vereinszweck umfasst folgende Punkte:

- Veranstaltung regelmäßiger Treffen, die dem beruflichen Erfahrungsaustausch und der beruflichen Weiterbildung dienen
- Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Einrichtungen zur Förderung einer gesundheitsbewussten Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung
- Organisation und Durchführung von Schulungen für Berufsangehörige
- Herausgabe von Informationen und Publikationen über ernährungsphysiologisch richtige Speisenplanerstellung und Kostzubereitung
- Gemeinschaftliches Auftreten bei Messen, Tagungen und beruflichen Veranstaltungen
- Berufsbildende Exkursionen
- Mitarbeit bei Fachzeitschriften und Mitwirkung in sonstigen Medien
- Beratung von Berufsangehörigen und Konsumenten in Angelegenheiten der Gemeinschaftsverpflegung
- Erstellung von Arbeitsunterlagen
- Zusammenarbeit mit gleichgerichteten in- und ausländischen Berufsorganisationen
- Sonstige berufsfördernde Maßnahmen
- Gesellschaftliche Veranstaltungen

Die AK Wien würde von Koll. Josef Liebhart als Teamleiter der Speiserversorgung vertreten werden. Als Mitgliedsbeitrag werden € 50,00 inkl. MwSt pro Jahr eingehoben.

### **Beschluss:**

**Der Vorstand beschließt den Beitritt zum Verein „Arbeitsgemeinschaft Großküchen Österreichs“ (AGÖ). Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 50 Euro.**

**➔ einstimmig angenommen**

## 2.7 Tagesordnung für die 160. VV am 07.05.2013

Auf Frage von **Schütz** berichtet **Muhm**, dass Erich Kniezanrek von der FSG als neuer Vizepräsident und Richard Suchl als neues Vorstandsmitglied vorgeschlagen ist.

### **Beschluss:**

Es wird folgende Tagesordnung für die 160. Vollversammlung am 07.05.2013 beschlossen:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Angelobungen
- 3 Wahlen
  - 3.1 Nachwahl eines Vizepräsidenten
  - 3.2 Nachwahl eines Vorstandsmitglieds
  - 3.3 Nachwahl eines Ersatzmitglieds in den Kontrollausschuss
- 4 Bericht des Präsidenten
- 5 Anträge
- 6 Rechnungsabschluss für das Jahr 2012
  - 6.1 Bericht des Direktors
  - 6.2 Bericht des Kontrollausschussvorsitzenden
  - 6.3 Beschluss des Rechnungsabschlusses 2012
- 7 Bericht des Kontrollausschusses
- 8 Bericht des Direktors
- 9 Allfälliges

→ einstimmig angenommen

## 2.8 Einzahlung in die Pensionskasse – Jahresbeitrag 2013

**Muhm** berichtet nach der schriftlich vorliegenden Unterlage:

Der Jahresbeitrag an die Pensionskasse der AK Wien wurde im Voranschlag 2013 mit € 5.000.000 angesetzt. Der tatsächlich an die Pensionskasse zu bezahlende Beitrag hängt dabei wesentlich von deren jeweiligen Vorjahres-Performance ab. Im Vorjahr hat die AK Wien in die Pensionskasse insgesamt € 11.453.357,62 einbezahlt (€ 9.153.357,62 Jahresbeitrag zuzüglich € 2.300.000 Erlös aus dem Verkauf des KWBH). Damit erreichten wir einen Deckungsgrad von rd 78,3 %.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Liquidität der AK Wien wäre es sinnvoll, den Deckungsgrad bei der Pensionskasse mit einer Aufzahlung von € 10.000.000 auf rd. 85 % aufzustocken. Dadurch würde die Nachschusspflicht, die die AK Wien in der Zukunft treffen wird, verringert.

Während die Pensionskassen der AK 2012 eine Performance von 6,0 % erreichten (und in der Prognose für das heurige Jahr das Ertragsziel von 3,5 % aus heutiger Sicht realistisch erscheint), kann die AK Wien selbst gegenwärtig ihr Geld am Kapitalmarkt (bei einer 12-monatigen Bindung) durchschnittlich mit nur 0,6 % Zinsertrag veranlagen.

Aus dem besagten und insbesondere, weil die Pensionskassen derzeit bessere Renditen erzielen als dies der AK Wien möglich wäre, empfiehlt es sich, die Zahlung von € 10.000.000 an die Kassa ehebaldigst zu leisten.

Zum 31.12.2012 betrug das von den Pensionskassen für die AK Wien verwaltete Vermögen rd 77,9 Mio €. Davon hat die AK Wien im Laufe der Jahre rund 67,2 Mio € selbst in die Pensionskassen einbezahlt und damit einen Deckungsgrad von 78,3 % der Rückstellungsverpflichtung für die

anwartschaftsberechtigten MitarbeiterInnen erreicht. Die Pensionskassen der AK haben in den letzten 14 Jahren, also seit der Errichtung dieser Risiko- und Veranlagungsgemeinschaft, eine durchschnittliche Performance von 3,7 % p.a. erreicht.

Auf Frage von **Rösch**, ob sich im Portfolio der Pensionskassa auch Staatsanleihen südlicher Staaten befinden, wird von **Muhm** mit dem Hinweis auf eine konservative Veranlagungsstrategie beantwortet.

**Beschluss:**

**Der Vorstand der AK beschließt im Sinne der oben zitierten Vorlage im Jahr 2013 Euro 10.000.000 in die Pensionskasse einzuzahlen. Damit wird der derzeitige Deckungsgrad von 78,3 % auf rd. 85 % angehoben.**

**→ einstimmig angenommen**

## 2.9 Zuwendung nach § 6 AKG – ÖGJ, Jugendsporttage 2013

Auf Frage von **Schütz**, welche Jugendlichen an den Jugendsporttagen teilnehmen, erklärt **Muhm**, dass es die Gewerkschaftsjugend ist. **Kaske** ergänzt, dass rund 4000 Jugendliche an den Sporttagen teilnehmen, davon – wie **Kniezarek** bekannt gibt – allein rd 1000 Lehrlinge der Stadt Wien.

**Beschluss:**

**Der Vorstand beschließt folgende Zuwendung nach § 6 AKG:**

Nr	Antragsteller / Zweck	gefördert 2012	neuer Antrag 2013	Beschluss
1	ÖGJ (Jugendsporttag 2013)	15.000,00 €	15.000,00 €	15.000,00 €

**→ einstimmig angenommen**

## 3 Berichte

### 3.1 Bericht des Präsidenten

**Kaske** geht in seinem umfassenden Bericht auf die Wirtschaftsprognose des IWF ein. Für den IWF haben sich die globalen Konjunkturaussichten verbessert, jedoch ist für die EURO-Zone kein Aufschwung in Sicht. Grund ist das Abgleiten Frankreichs in die Rezession. In den anderen großen Sorgenländern des Währungsraumes, Italien und Spanien, führt der Weg dieses Jahr noch tiefer in die Rezession. Als Resultat bleibt für die Eurozone nur ein mageres Plus von 0,3 Prozent für 2013. Dagegen sagte der IWF den USA ein kräftiges Wachstum von 1,9 Prozent voraus. Japan werde wegen seiner expansiven Geld- und Fiskalpolitik deutlich an Wachstumskraft gewinnen. In China bleibe es trotz minimaler Einbußen bei hohen Zuwachsraten von 8,0 Prozent. China – so der Präsident – kauf sich nicht nur in Afrika, sondern auch in Europa ein. Mittlerweile geht schon jeder dritte Euro nach China, was doch Sorge bereitet. Die Bewältigung der Wirtschaftskrise ist eine große Herausforderung der nächsten Jahre. Der Präsident erwähnt anschließend die umfassende Bankenhilfe in Europa und betont das gewaltige Ausmaß von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung.

Eingehend auf die Probleme des österreichischen Arbeitsmarktes macht dem Präsidenten die Zunahme von Teilzeitbeschäftigung Sorgen. Wenn derzeit wieder „Green Jobs“ beworben werden, so

muss genau hinterfragt werden, welche Tätigkeiten tatsächlich ausgeübt werden soll, denn Regalschlichter für Bio-Joghurt sind dies sicher nicht. In Anbetracht des kommenden Schulschlusses muss auch das Problem der Kosten der viel zu teuren Nachhilfe wieder unser Augenmerk bekommen. Investitionen in den Arbeitsmarkt, in den sozialen Wohnbau, soziale Dienste wie die Pflege sind das Gebot der Stunde. Allein für den Ausbau und die Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung braucht es jährlich 100 Millionen Euro an Bundesmitteln. Um die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze zu sichern, fordert der Präsident mit Nachdruck die Einführung eines Bonus-Malus-Systems und begrüßt die Forderung des Sozialministers nach einer Beschäftigungsgarantie für ältere ArbeitnehmerInnen. Auch die Ausbildung und Beschäftigung der Jungen ist ein wesentliches Anliegen. Die Verteilungsgerechtigkeit – der Präsident unterstreicht die derzeitige ungerechte Situation mit mehreren Beispielen (Managergehälter, Einkommensbericht usw.) - bleibt weiterhin eine zentrale Forderung. **Kaske** wiederholt seine Forderung nach einem fairen Beitrag von Vermögenden und Unternehmen. Den Steuervermeidungsstrategien von Unternehmen und Großkonzernen muss ein Riegel vorgeschoben werden. Steuerbetrüger und Steuerhinterzieher dürfen nicht geschützt werden.

**Teiber** macht auf die Auswirkungen des Internet-Handels auf den Arbeitsmarkt aufmerksam und schlägt vor dies zu untersuchen. **Schütz** erwähnt das OGH-Urteil, welches besagt, dass ein Unfall während der Mittagspause nicht als Arbeitsunfall zählt, wenn sich der Dienstnehmer zu weit von seinem Arbeitsplatz entfernt hat, und schlägt einen gemeinsamen Antrag zur VV vor. **Fetik** ersucht genaue Daten über Teilzeitbeschäftigte und prekäre Arbeitsverhältnisse zu erheben. **Rösch** macht auf die Öffnung des Arbeitsmarktes für Rumänien und Bulgarien mit 1.1.2014 aufmerksam und hegt die Befürchtung, dass viele die österreichischen KV-Vorschriften zu umgehen versuchen werden und es zu einem Verdrängungswettbewerb kommen wird. **Kludak** merkt an, dass die Banken durch Automaten und E-Banking Personaleinsparungen durchführen. Die AK sollte darauf ein Augenmerk haben. Bezüglich der Betreuung der Jugendlichen betont **Kludak** die Aufgabe des Elternhauses. **Kaske** verspricht, dass sich die AK die Auswirkungen des Internet-Handels und des E-Banking anschauen wird. Die Betreuungsfrage bei Jugendlichen sieht er als gesellschaftspolitische Diskussion über die noch weiter gesprochen werden wird.

→ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

### **3.2 Bericht des Direktors - Muhm**

**Muhm** erinnert, dass die AK Wien das Institut für österreichisches und europäisches Wirtschaftsstrafrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien/Prof Dr Wolfgang Brandstetter beauftragt hat, das „Regelwerk“ der AK Wien unter Compliance-Gesichtspunkten zu prüfen, Lücken und Gefahrenquellen aufzuzeigen sowie insbesondere im Hinblick auf das neue Korruptionsstrafrecht einen Verhaltenskodex zu entwerfen. In der nun vorliegenden Richtlinie zur Korruptionsprävention wurden die Anregungen und Entwürfe aus dem Projekt verarbeitet und um Anregungen aus bereits bestehenden Regelwerken anderer Institutionen (z.B. AMS, ÖNB) ergänzt. Die Richtlinie wird als Dienstanweisung an alle MitarbeiterInnen ergehen, weiters werden Schulungen durchgeführt und das Regelwerk durch Anregungen und Beispielen aus der Praxis ergänzt werden. Der Direktor macht darauf aufmerksam, dass auch die FunktionärInnen der AK "Amtsträger" sind und als solche der Richtlinie unterliegen, die allen FunktionärInnen im Rahmen der Vollversammlung zugehen wird. Zum Bauvorhaben Bürogebäude Plösslgasse 2 merkt der Direktor an, dass der Vorentwurf abgeschlossen ist und der Entwurf bis Ende August 2013 fertiggestellt sein wird. Die Einreichung ist bis Mitte September 2013 geplant. Erforderlich ist eine Verlegung der Fernwärmeleitung, was in den Sommermonaten 2013 geschehen wird. Ein Baugrundgutachten und Baustellenabfallkonzept ist in Ausarbeitung. Der Generalplaner-Vertrag ist abgeschlossen und nach Beschlussfassung in

Vollversammlung am 11.3.2013 in Kraft gesetzt. Das EU-weite Vergabeverfahren Projektsteuerung und Örtliche Bauaufsicht ist einspruchsfrei abgelaufen: Der Vertrag Projektsteuerung wurde mit der bau-control abgeschlossen. Der Vertrag Örtliche Bauaufsicht mit Vasko + Partner ZT GmbH befindet sich in Ausfertigung.

Weiters berichtet **Muhm** über Verhandlungen mit der Bezirksvertretung bezüglich des Durchganges Plößlgasse – Argentinierstrasse und dem Anton Benya-Park. Da es zu zahlreichen Devastierungen kam, wurde vereinbart einen Zaun zu errichten, der den öffentlichen Teil des Parks vom Bildungszentrum abgrenzt.

Die AK hat zwei BeraterInnen mit ungarischer Muttersprache aufgenommen, womit die muttersprachige Beratung verstärkt werden konnte.

Weiters informiert der Direktor, dass die AK 332 Fahrradständer – meist in der Nähe von U-Bahn-Stationen aufstellen ließ.

Auf Frage von **Rösch**, ob man nicht Mitarbeiter zum Schutz des Parks heran ziehen könnte, erklärt **Muhm**, dass dies im Prinzip Aufgabe der Gemeinde wäre, jedoch offensichtlich nicht funktioniert.

→ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

### **3.3 Beratung – Trenner**

**Trenner** berichtet, dass über das Vermögen der Niedermeyer GmbH am 2.4.2013 in Wien ein Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung eröffnet wurde. Sämtliche ArbeitnehmerInnen werden vom AK/ÖGB-Insolvenzbüro Wien bzw vom ISA-Büro Wien vertreten. Die AK/ISA-Insolvenzbüros der Bundesländer arbeiten zusammen, um rasch die Vorort-information in Betriebsversammlungen zu organisieren. Die GPA hat auf ihrer Homepage einen Link für die Niedermeyer-MitarbeiterInnen eingerichtet. Dort stellen wir aktuelle Informationen in einer komprimierten Fassung „zum Nachlesen“ zur Verfügung.

Die Firma hat eine funktionierende Lohnverrechnung über die wir die Lohn- und Dienstnehmerdaten elektronisch und strukturiert erhalten können. Dadurch können wir die Daten rasch weiter bearbeiten und prüfen. Wir rechnen damit, dass die Anträge noch im April 2013 eingebracht werden können und insbesondere für die laufenden Forderungen das Insolvenz-Entgelt rasch ausgezahlt werden kann. Österreichweit werden etwa 280 ArbeitnehmerInnen ihren Job verlieren.

→ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

### 3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

**Aschauer-Nagl** erinnert an das Sozialpartnerpapier „Bildungsfundamente“, welches Ende Februar 2012 im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Von der derzeitigen Bundesregierung wurden viele Reformvorhaben im Bereich der Bildung umgesetzt – wie etwa die teilstandardisierte Reife- und Diplomprüfung, die Modularisierung der Oberstufe, der Ausbau der Ganztagesbetreuung, das verpflichtende letzte Kindergartenjahr uvm. Den Sozialpartnern ist es wichtig, mit der Präsentation der „Bildungsfundamente“ auf weitere Reformschritte zu drängen. Die Sozialpartner treten deshalb für eine tiefgreifende Bildungsreform ein mit den Schwerpunkten: Verstärkung der frühkindlichen Förderung; Reform der Schulpflicht und der 9. Schulstufe; Vereinbarungen zur Verbesserung der Qualitätssicherung in der Lehre und einem Pilotversuch zur Berufsakademie – für die ein umfassender nationaler Konsens erforderlich ist. Die „Bildungsfundamente“ sollen dazu einen wesentlichen Beitrag zur bildungspolitischen Diskussion leisten und in das Regierungsprogramm der nächsten Legislaturperiode aufgenommen werden.

Die Bereichsleiterin informiert, dass die AK Wien an der Informationsmesse für Beruf, Studium und Weiterbildung vom 7. – 10. März 2013 in der Wiener Stadthalle mit einem großen Informationsstand vertreten war. Das AK-Informationsangebot wurde von den BesucherInnen als anbieterunabhängige Orientierungs- und Informationsstelle gut angenommen.

Eingehend auf Kommunales berichtet **Aschauer-Nagl**, dass erstmals in Österreich eine sozialwissenschaftliche Studie die Langzeit-Folgen einer großen Wohnungsprivatisierung in Österreich untersucht hat. Im Jahr 2003 wurde im Zuge der Buwog-Privatisierungen auch ein Wohnungspaket der Bundesimmobiliengesellschaft, insgesamt 3.900 Wohnungen, privatisiert, darunter auch etwa 800 Wohnungen im Arsenal. Davon sind derzeit etwa 700 bewohnt. Das Stadt- und Regionalwissenschaftliche Zentrum hatte im Auftrag der AK 129 Haushalte des Arsenal nach ihren Erfahrungen vor und nach der Privatisierung befragt. In fast allen Punkten, die die Miet- und Wohnqualität betreffen, beklagen die MieterInnen laut Studie deutliche Verschlechterungen: Ob bei der Pflege der Außenanlage, der Nutzung der Dachböden, der Sanierung der Fassaden, ob bei den Kontakten zur Hausverwaltung, bei der Hilfe in Notfällen oder beim Zustand der Spielplätze. Daraus ergibt sich, dass Wohnungsprivatisierungen auch bei bleibenden Mietverträgen die Wohnbedingungen für die Mieter und Mieterinnen verschlechtern und mittelfristig zu einem deutlich höheren Mietniveau führen. Mit der Wohnungsprivatisierung der Bundeswohnungen hat der Bund in den Mietwohnungsmarkt der Länder und Kommunen eingegriffen. Deshalb sollte zumindest ein Teil der Erlöse auch wieder in den Wohnbau fließen. In ganz Österreich fehlen jährlich 6.500 geförderte Wohnungen: Der Bund hatte Einnahmen aus dem Verkaufserlös der Bundeswohnungen. Er sollte jetzt etwa 350 Millionen Euro als Fördersumme für diese 6.500 Wohnungen aufbringen. Mieter und Mieterinnen müssen durch wirksame Mietobergrenzen vor weiteren Mietsteigerungen geschützt werden.

Nach einer langen Diskussions- und Befragungsphase liegen nun - wie die Bereichsleiterin mit Verweis auf die den Vorstandsmitgliedern zugegangene Unterlage bekannt gibt - die Rahmenbedingungen für eine neue Verkehrsorganisation der Mariahilfer Straße und der angrenzenden Straßenzüge vor. Im Kernbereich – zwischen Kirchen- und Andreasgasse - soll eine FußgängerInnenzone eingerichtet werden, mit einer Spur für die Buslinie 13 A zwischen Kirchengasse und Neubaugasse. Das Fahrradfahren soll in diesem Bereich gestattet werden.

Konsumentenpolitisch macht **Aschauer-Nagl** auf den AK-Test von Mobilfunkprodukten aufmerksam und berichtet, dass die AK Wien 150 Inserate über Altbaumietwohnungen in Wien ausgewertet hat. Aufgrund der Angaben in den Inseraten, wurde für die Wohnungen der zulässige Richtwertmietzins ermittelt. Dieser Wert wurde mit den tatsächlich verlangten Mieten verglichen. Unbefristeten

Wohnungen wurden mit einem gesetzwidrigen Aufschlag von 32% angeboten, befristete Mietverträge waren sogar um 82% gesetzwidrig überhöht! Abschließend erwähnt die Bereichsleiterin den Evaluierungsbericht über die AK-Bibliothek, der insgesamt durch eine hohe KundInnen-Zufriedenheit gekennzeichnet ist.

**Rösch** ist mit der Lösung Mariahilfer Straße nicht einverstanden, zumal die Lärmbelastung für die Anrainer sehr hoch ist.

→ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

### **3.5 Information - Ficzko**

**Ficzko** erinnert, dass der Vorstand in seiner letzten Sitzung am 21.3. den Termin für die AK-Wahl 2014 für 11. bis 24. März 2014 festgelegt hat. Der zum für die Ausübung des Wahlrechts maßgebenden Stichtag ist für 20. November 2013 bestimmt worden. Gleichzeitig wurde die Bildung der Hauptwahlkommission mit Herrn Senatsrat Mag Heinz Liebert, Leiter des Magistratischen Bezirksamtes für den 10. Bezirk, beschlossen. Heute findet anschließend an den Vorstand die konstituierende Sitzung der HWK statt. Mitte Mai wird die erste Betriebsstättenenerhebung stattfinden.

→ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

### **3.6 Soziales – Kundtner**

Mit Verweis auf die umfangreichen schriftlichen Unterlagen geht **Kundtner** auf die Novelle zum Kinderbetreuungsgeldgesetz ein. Sie erinnert, dass die AK mehrfach auf Probleme beim Zuverdienst, den Anspruchsvoraussetzungen sowie Rechtsverfahren für einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld (ea KBG) hingewiesen hat. Mit der nun vorliegenden Novelle werden einige der von der AK angesprochenen Probleme gelöst. Beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld (ea KBG) ist eine Zuverdienstgrenze vorgesehen, die nur einen geringfügigen Verdienst zulässt. Die bisherige Berechnungsmethode hat dazu geführt, dass auch ein Gehalt vor oder nach der Karenz als Zuverdienst betrachtet wird. Mit der Novelle werden für Bezugszeiträume ab 1.1.2014 für die Zuverdienstberechnung nur mehr jene Kalendermonate herangezogen, in denen an allen Tagen dieses Monats Kinderbetreuungsgeld bezogen wird. Damit ist es nicht mehr möglich, dass Gehälter vor oder nach der Karenz als Zuverdienst bewertet werden. Dazu kommen noch weitere Verbesserungen. Insgesamt kommt es durch die Novelle beim Kinderbetreuungsgeld zu mehr Rechtssicherheit für ArbeitnehmerInnen. Es wird mit einem geschätzten Mehraufwand von insgesamt 70.000 Euro jährlich gerechnet. Die Implementierungskosten in Höhe von rund 20.000 Euro werden dem Krankenversicherer durch den FLAF ersetzt.

Zu **Röschs** Anmerkung bezüglich der Öffnung des Arbeitsmarktes merkt **Kundtner** an: Die Zuwanderung von AN aus den EU-Beitrittsländern mit knapp 30.000 Personen im Jahresdurchschnitt 2012 entspricht den Erwartungen aus den Prognosen und den beobachteten Erfahrungen aus dem ersten Jahr (2011) der Arbeitsmarktöffnung mit den EU-8. Die zugewanderten AN aus den Beitrittsländern werden in sehr hohem Ausmaß von den Unternehmen beschäftigt, der Großteil des Beschäftigungszuwachses in Österreich geht auf die Beschäftigung von Nicht ÖsterreicherInnen zurück (87% des gesamten Beschäftigungszuwachses). Die Zuwanderung dieser AN kompensiert den Rückgang der heimischen AN im Haupterwerbssalter. Verdrängungseffekte betreffen vor allem

drittstaatsangehörige ausländische AN in Österreich, die eine Bewilligung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz brauchen. Deren Beschäftigungszahl war 2012 rückläufig. Es gibt keine Hinweise auf einen zusätzlichen Lohndruck durch die Öffnung des Arbeitsmarktes für die StaatsbürgerInnen aus den EU- Erweiterungsländern. Der Lohndruck, dem die österreichischen AN ausgesetzt sind, resultiert vor allem aus der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Die allgemeine Arbeitslosigkeit ist es, die die Kollektivvertragsverhandlungen der Gewerkschaften deutlich erschwert.

**Rösch** sieht jedoch eine große Schwierigkeit in der unterschiedlichen Wirtschaftsleistung der EURO-Zonen-Länder, die sich durch die Krise verschärft hat. Statistisch ist wohl auch nicht festzustellen, wie viele ausländische ArbeitnehmerInnen, die etwa in Italien eine EU-Arbeitsbewilligung erhalten haben, nun bei in Österreich arbeiten. Er ist überzeugt, dass viele davon nicht im KV-System arbeiten. **Teiber** tritt dafür ein, dass Missbrauch aufgedeckt werden muss. Es muss aber auch gesagt werden, dass es oft nicht die ausländischen KollegInnen sind, die betrügen, sondern vielmehr werden sie von Unternehmungen betrogen. **Stranzl** tritt für eine Steuerung über öffentliche Aufträge ein. **Kludak** sieht zu wenige Möglichkeiten der Kontrolle, vor allem aber sind die Strafen zu gering. **Kundtner** fasst zusammen: Die Kontrollen nach dem Lohn- und Sozialdumping-Gesetz wirken doch. Sie haben bis Ende März 2013 rd 66.000 AG und rund 140.000 AN erfasst. Verdachtsfälle auf Unterentlohnung ergaben sich bei knapp 800 AG (davon rd 450 ausländische AG) und bei rd 3.300 AN mit einer Strafsumme von rd € 10 Mio. Dennoch sind Verbesserungen beim Lohn- und Sozialdumping Gesetz aus Sicht der AK notwendig: Ausdehnung der Kontrolle über den Grundlohn auch auf Zulagen etc, Verbesserung bei der grenzüberschreitenden Verfolg- und Sanktionierbarkeit von Verstößen gegen das Lohn- und Sozialdumping Gesetz.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

### 3.7 Wirtschaft – Chaloupek

**Chaloupek** referiert die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich, in der die Wachstumsprognosen für 2013 und 2014 mit real +1,0 bzw. +1,8 Prozent unverändert beibehalten (2012: 0,8%) wurde. Die Konjunktur bleibt damit zu schwach, um ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Der Verbraucherpreisanstieg bleibt bei knapp über 2 Prozent. Die Unsicherheit ist weiterhin sehr hoch, den Abwärtsrisiken aus dem europäischen Umfeld stehen allerdings auch einige inländische Aufwärtsrisiken gegenüber. Die österreichische Wirtschaft kann sich der europäischen Konjunkturschwäche nicht völlig entziehen. Dennoch wächst sie auch in den Jahren 2012 bis 2014 deutlich über dem Euro-Durchschnitt. Zur Schwäche des Exports seit Mitte 2011 trugen die schwächelnde Wirtschaftsentwicklung bei wichtigen Handelspartnern (Italien, Ungarn, Tschechien...) und insbesondere die umfangreichen Sparpakete in vielen EU-Ländern sowie die große Unsicherheit bei privaten Haushalten und Unternehmen wegen der weiterhin labilen Lage der Finanzmärkte und Banken entscheidend bei. Nun könnte der untere Konjunkturwendepunkt zu Jahresbeginn 2013 erreicht sein, die Erholung dürfte aber nur sehr mäßig ausfallen. Im Lauf des Jahres 2013 dürfte sich der Export langsam erholen. Recht träge entwickelt sich die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Positiv wirken die Beschäftigungsausweitung und die niedrige Sparquote, bremsend dagegen die schwache Entwicklung der realen Einkommen. Für 2013 wird eine Inflationsrate von 2,2 Prozent erwartet. Netto werden die realen Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2013 nun schon das vierte Jahr hintereinander schrumpfen, für 2014 wird eine minimale Erhöhung erwartet.

Die alles in allem schwache Konjunktur schlägt sich merklich auf dem Arbeitsmarkt nieder. Zwar steigt die Beschäftigung weiter, doch die kräftige Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes steht einer